

DEUTSCHLAND IN SCHIEFLAGE

Materialien zu den Herbstaktionen

Zur Unterstützung der DGB-Aktionen

DGB



Impressum

Herausgeber
Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Abteilung Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
www.dgb.de

Inhaltlich verantwortlich:
Marika Höhn

Stand:
Oktober 2010

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Aufruf: Gerechtigkeit ist etwas anderes – Wir brauchen einen Kurswechsel!	4
Gute Arbeit für Alle. Schluss mit dem Missbrauch von Leiharbeit.	5
Schluss mit der falschen Sparpolitik in Kommunen und Ländern.....	6
Gutes Auskommen im Alter	8
Ein gutes Gesundheitssystem für Alle und keine Zwei-Klassen-Medizin	9
Qualifizierte Bildung und Ausbildung	10
Herbst der falschen Entscheidungen	11
Herbst der Aktionen.....	12

Aufruf: Gerechtigkeit ist etwas anderes – Wir brauchen einen Kurswechsel!

Die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise werden auf den Schultern der kleinen Leute abgeladen. Restriktive Sparprogramme, Kürzungen der Sozialleistungen, Einschnitte in öffentliche Daseinsvorsorge und das Bildungssystem verschlechtern die Lebens- und Arbeitsbedingungen. Statt guter und gerecht bezahlter Arbeit drohen die soziale Ordnung und der Schutz der arbeitenden Menschen verloren zu gehen. Deshalb brauchen wir gute Arbeit, starke öffentliche Leistungen, gutes Auskommen im Alter, ein solidarisches Gesundheitssystem sowie qualifizierte Bildung und Ausbildung.

Gute Arbeit

Prekäre Beschäftigung und Leiharbeit nehmen zu – statt guter Arbeit mit anständiger Bezahlung. Mehr noch: Leiharbeit und Niedriglöhne beschädigen die soziale Ordnung, höhlen Tarifverträge aus und bedrohen die gesamte Arbeitnehmerschaft. Für mehr Gerechtigkeit in unserem Land brauchen wir vor allem in der Leiharbeit gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Mindestlöhne sind ein wichtiges Mittel, um Lohndumping zu verhindern.

Wir fordern: Gute Arbeit für Alle.

Schluss mit dem Missbrauch von Leiharbeit.

Starke öffentliche Leistungen

Marode öffentliche Einrichtungen und Schulen, hohe Gebühren und Abgaben sowie kaputte Straßen sind das Gegenteil einer guten Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Für mehr Gerechtigkeit in unserem Land brauchen wir starke öffentliche Leistungen. Wir brauchen Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Innere Sicherheit und eine lebenswerte Umwelt.

Wir fordern: Schluss mit der falschen Sparpolitik in Kommunen und Ländern zu Lasten der Menschen.

Gutes Auskommen im Alter

Altersarmut darf nicht die Perspektive für Millionen von Menschen werden. Für mehr Gerechtigkeit in unserem Land brauchen wir die Anerkennung der Lebensleistung und Schutz vor Altersarmut.

Wir fordern: ein gutes Auskommen im Alter, flexible Übergänge in den Ruhestand, eine bessere Erwerbsminderungsrente und die Rücknahme der Rente und Pensionen ab 67.

Ein solidarisches Gesundheitssystem

Die schwarz-gelbe Kopfpauschale ist der Anfang vom Ende der Solidarität in der Krankenversicherung. Sie muss gestoppt werden. Für mehr Gerechtigkeit in unserem Land brauchen wir eine solidarische Bürgerversicherung. Die Arbeitgeber müssen sich wieder gleichberechtigt an der Finanzierung beteiligen.

Wir fordern: ein gutes Gesundheitssystem für Alle und keine Zwei-Klassen-Medizin.

Qualifizierte Bildung und Ausbildung

Gute Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Privatisierung und Bildungsgebühren führen in eine bildungspolitische Sackgasse und verstärken die soziale Spaltung. Für mehr Gerechtigkeit in diesem Land brauchen wir: Gute Bildung und Ausbildung für alle.

Wir fordern: für jeden Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung, Übernahme in den Betrieben, mehr und bessere Weiterbildung und die Streichung aller Bildungsgebühren von der Kita bis zur Hochschule.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen auf:

Beteiligt euch an den Herbstaktionen in Betrieben und Verwaltungen – vor Ort.

www.herbstaktion.dgb.de

Gute Arbeit für Alle. Schluss mit dem Missbrauch von Leiharbeit.

Zahlen – Daten – Fakten

Leiharbeit

- 85 Prozent der Betriebe besetzen neue Stellen:
 - zu 42 Prozent befristet,
 - zu 43 Prozent mit Leiharbeitnehmern
 - nur zu 15 Prozent mit Normalarbeitsverhältnissen.
(Das Normalarbeitsverhältnis ist ein unbefristetes und in die Systeme der sozialen Sicherheit integriertes Vollzeitverhältnis bzw. Teilzeit bei mindestens der Hälfte der Wochenarbeitszeit einer Vollzeittätigkeit, mit der Verpflichtung zur Arbeit beim Vertragspartner statt beim „Entleiher-Arbeitgeber“)
- Im September 2010 gab es bereits weit über 850.000 Leiharbeiter – 300.000 mehr als im Krisentief vor einem Jahr und 100.000 mehr als 2008, Ende der 90er Jahre waren es noch 250.000.
- Prognose bis Ende des Jahres 2010: die 1 Millionen-Grenze wird überschritten, Leiharbeit wird nicht nur zur Abdeckung von Produktionsspitzen eingesetzt, sondern ganz gezielt zur Kostensenkung/Kostenreduzierung.
- Bei einem Fünftel der Betriebe verdrängt Leiharbeit die Stammebelegschaft.
- 64 Prozent aller Jobs bei Leihfirmen dauern weniger als drei Monate.
- Nur jeder zehnte Leiharbeiter wird fest im Einsatzbetrieb übernommen.
- Das Arbeitsentgelt beträgt bei identischer Arbeit im „Glücksfall“ 70 Prozent eines tariflichen Stammarbeitnehmers, wobei der Ausschluss von betrieblichen Sozialleistungen und Zuschlägen die Einkommenskluft noch vergrößert.
- Der jetzt vorliegende Entwurf eines neuen Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes ist ein „Weiter so“ wie vor der Krise, Leiharbeit wird zum gesetzlich geregelten Normalfall, keine Regulierung, keine gleiche Bezahlung – unter Missachtung der EU-Leiharbeitsrichtlinie. Der Entwurf muss nachgebessert werden.

Prekäre Beschäftigung und Niedriglohn

- Die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten stieg seit 1995 kontinuierlich an:
 - 1995 waren es 4,42 Millionen Menschen, 2008 arbeiteten 22 Prozent der Beschäftigten bzw. 6,5 Millionen Menschen zu Niedriglöhnen (Stundenlohn von weniger als 9,50 (West-) bzw. 6,78 € (Ostdeutschland), davon 4,53 Millionen Frauen.
- Bei den jungen Beschäftigten unter 25 Jahren sind sogar fast 50 Prozent betroffen.
- 2,2 Millionen Menschen bekommen pro Stunde weniger als sechs Euro.
- Im Sommer 2009 beantragten 1,3 Millionen Beschäftigte zusätzlich noch Hartz IV - darunter 614.000 Minijobber und 355.000 mit einer Vollzeitstelle.
- Die Steuerzahler subventionieren Firmen, die Armutslöhne zahlen:
 - 50 Milliarden Euro hat der Staat seit 2005 für Lohnzuschüsse in Form von ergänzendem Hartz IV ausgegeben,
 - die Ausgaben für die sog. Aufstockungen stiegen von 8 Milliarden EUR in 2005 auf 11 Milliarden EUR in 2009.
- Über sieben Millionen Beschäftigungsverhältnisse werden mit maximal 400 Euro vergütet, das heißt, jeder fünfte Arbeitsvertrag bezieht sich auf einen Minijob.
- Pläne der Bundesregierung, die Hinzuverdienst-Möglichkeiten zum Arbeitslosengeld II auszuweiten, führen zu einer weiteren Absenkung des Lohnniveaus.
- Arbeitslose müssen jeden Job bis zur Grenze der Sittenwidrigkeit annehmen, also eine Entlohnung akzeptieren, die bis zu 30 Prozent unter dem Tarifniveau liegen kann: 30 Prozent Abzug von tariflicher oder ortsüblicher Bezahlung bedeuten in manchen Regionen der Republik einen Stundenlohn von weniger als 2,50 EUR.

Alternativen

- ✓ Wir fordern eine neue Ordnung der Arbeitsmärkte. Beschäftigung darf nicht länger entwertet werden. Deshalb muss auch in Deutschland gelten: gleiches Geld für gleiche Arbeit, Leiharbeit muss begrenzt und reguliert werden.
- ✓ Ein gesetzlicher Mindestlohn muss eingeführt werden, der vor Armut schützt und Altersarmut verhindert und zwar nicht unter 8,50 Euro pro Stunde.
- ✓ Arbeit, die arm macht, kann und darf nicht das Ziel einer Beschäftigungspolitik sein. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen durch sozial abgesicherte Arbeit zu Existenz sichernden Löhnen zurückgedrängt werden. Es geht um mehr Arbeitsplätze, aber auch um eine bessere Arbeitsqualität.

Schluss mit der falschen Sparpolitik in Kommunen und Ländern

Zahlen – Daten – Fakten

- Das Desaster in den Kommunalfinzen ist Ergebnis jahrelanger verfehlter Steuerpolitik: Allein die „Steuerreform 2000“ leerte die Kassen um jährlich 50 Milliarden Euro. Merkel, Westerwelle & Co. legten nochmals kräftig nach. Kurz vor Weihnachten 2009 wurden Besserverdienende, Großunternehmen, Erben und Hoteliers mit 10 Milliarden Euro begünstigt. Weitere 25 Milliarden Euro sollen folgen. Kurzum: Krise und Reichtumspflege plündern die öffentlichen Haushalte.
- Erster FDP-Vorschlag: Steuersenkungen hin zu einem 5-Stufen-Einkommenssteuer-Tarif. Kosten: 16 Milliarden Euro. Folge für die Kommunen: 2,4 Milliarden schwere Einnahmeausfälle. Zweiter FDP-Vorschlag: Gewerbesteuer abschaffen und ersetzen. Das zwingt Kommunen in einen ruinösen Standortwettbewerb. Seit März prüft wieder mal eine Gemeindefinanzkommission, ob die Kommunen die Einkommenssteuer oder eine umgestaltete Unternehmenssteuer mit Zuschlägen versehen können. Und nun der dritte FDP-Vorschlag: die Kommunen sollen einen Zuschlag auf die Umsatzsteuer erheben können. Nur Unternehmen in Kommunen mit Standortvorteilen würden sich das gefallen lassen. Die Polarisierung zwischen wachsenden und schrumpfenden Kommunen würde rasant zunehmen.
- Gespart werden soll wieder einmal bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, bei Bildung und Infrastruktur, bei Renten und Sozialleistungen.
- Gewerbesteuereinnahmen brachen 2009 um 20 Prozent (fast sieben Milliarden Euro) ein: von 34 auf unter 28 Milliarden Euro; Prognose für 2010: Defizit von 15 Milliarden Euro.
- Die „Schuldenbremse“ wird den Kommunen weitere Finanzmittel entziehen.
- Das Infragestellen der Einheitlichkeit sozialer Leistungen gefährdet die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“.
- Folge: Privatisierungen und Verschleuderung noch verbliebenen öffentlichen Eigentums werden folgen.

Alternativen

- ✓ Die Einnahmen und die Finanzkraft der Städte und Gemeinden müssen verbessert werden, damit sie ihre sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben erfüllen können.
- ✓ Die Zuweisungen des Bundes und der Länder an die Städte und Gemeinden müssen erhöht werden.
- ✓ Die Gewerbesteuer muss ausgebaut und zu einer Gemeindegewerbesteuer weiterentwickelt werden: Bei einer Gemeindegewerbesteuer würden alle am Ort ansässigen Betriebe, Selbstständige und Freiberufler – je nach Leistungsfähigkeit – diese Abgabe zahlen. Durch den Ausbau der Gewerbesteuer zur Gemeindegewerbesteuer hätten die Gemeinden also deutlich stabilere Einnahmen als bisher.
- ✓ Einen Rettungsfonds einrichten für die am stärksten verschuldeten und unter Massenarbeitslosigkeit und Krise leidenden Städte und Gemeinden.
- ✓ Demokratie und sozialer Ausgleich gehören zusammen. Deshalb braucht Armut eine Grenze und Reichtum ein Maß. Es bedarf der Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, einer gerechten Erbschaftssteuer sowie einer Einkommenssteuer, die hohe und höchste Einkommen heranzieht.

Steigerung der Steuermehreinnahmen

Übersicht über erzielbare Steuermehreinnahmen (gem. OBK-Beschluss)

S.U./WIS, 3.06.10; aktualisiert (*kursiv*) 13.06.10

Besteuerung

Steigerung der Einnahmeseite

in Mrd. Euro

gesamt

Bund

Länder

Kommunen

Wachstumsbeschleunigungsgesetz: Rücknahme Privilegierung Hoteliers (Mehrwertsteuersatz von 7% wieder auf 19% anheben)	1	0,5	0,5	
Wachstumsbeschleunigungsgesetz: Rücknahme Aushöhlung Bemessungsgrundlagen im Rahmen der Unternehmensbesteuerung	2,5	0,7	1	0,8
Brennelementesteuer	3,2	3,2		
Finanztransaktionssteuer	12	12		
Vermögensabgabe (Vermögenssteuer)	16	16	(16)	
Erbschaftssteuer	6		6	
Steuervollzug und Maßnahmen gegen Steuerflucht	22	11	9	3
Abgeltungssteuer: Abschaffung und Besteuerung der Kapitalerträge (wieder) im Rahmen des persönlichen Einkommenssteuersatzes	6	2,6	2,6	0,8
Gemeindewirtschaftssteuer	3,5	- 4,1	- 3,8	11,4
Summe/Saldo	72,2	41,9	15,3	16

nachrichtlich:

Anhebung Körperschaftsteuersatz von 15 auf 25% (inkl. realistischere Gewinnermittlung)

11,5

5,7

5,7

a. Einkommenssteuerreform aufkommensneutral (linear-progressiver Verlauf ohne „Mittelstandsbauch“; Spitzensteuersatz liegt dann bei rd. 50%)

b. Spitzensteuersatz 50% ab zu versteuerndem Jahreseinkommen von 70.369 Euro (status quo – 42% bei 52.882 – bleibt) plus rd. 8 Mrd. Euro inkl. Soli (Bund: 3,6; Länder 3,2; Kommunen 1,2)

Gutes Auskommen im Alter

Zahlen – Daten – Fakten

- Von den Ruheständlern in 2009 sind
 - 50 Prozent aus Altersgründen in Rente gegangen
 - 27,8 Prozent gesundheitsbedingt vorzeitig ausgeschieden
 - 22,2 Prozent zuvor arbeitslos oder im Vorruhestand gewesen.
- „Rente mit 67“ heißt Rentenkürzung: das durchschnittliche Alter, in dem Menschen im Jahr 2008 ihre Altersrente beantragten, lag bei etwa 63 Jahren – sie alle müssten erhebliche Abschlüsse in Kauf nehmen.
- Und das bei folgenden Arbeitsbedingungen:
 - Von allen Beschäftigten arbeiten 33 Prozent mit körperlichen Belastungen, von denen 54 Prozent davon ausgehen, nicht bis zur Rente durchhalten zu können,
 - 40 Prozent aller Beschäftigten haben es mit seelischen Belastungen am Arbeitsplatz zu tun, von denen wiederum 47 Prozent erwarten, nicht bis zur Rente durchzuhalten,
 - Selbst von denjenigen, die keine bemerkenswerten Belastungen am Arbeitsplatz haben, das sind ca. 31 Prozent aller Beschäftigten, gehen 13 Prozent davon aus, nicht bis zur Rente durchhalten zu können.
- Die Zahl der Älteren mit geringen Rentenansprüchen wird in Zukunft steigen:
 - aufgrund einer zunehmenden Unstetigkeit der Erwerbsbiografien wie Zeiten geringfügiger Beschäftigung, Zeiten mit niedrig entlohnter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, Zeiten der Arbeitslosigkeit und auch der Kurzarbeit zur Abfederung der Auswirkungen der Finanzmarktkrise, Zeiten in Kleiner Selbstständigkeit mit geringfügigem Ertrag und
 - weil das Leistungsniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung abgesenkt wird.
- Die Altersarmut ist vorprogrammiert, das Finanzierungsproblem auf die nächste Generation weitergeschoben:
 - Beispiel: Ein alleinstehender Arbeitnehmer ohne Kinder erhält unter den heutigen Bedingungen nach 45 Beitragsjahren und einer 40-Stunden-Woche mit einem Stundenlohn von 7,50 Euro brutto (Monatsbruttolohn von 1.300 Euro) eine Monatsrente von 620,00 Euro. Die aus Steuermitteln kommende subsidiäre Grundsicherung beträgt derzeit 676,00 Euro (359 Euro Regelleistung und 317 Euro gemittelte Unterkunftskosten). Um über diesen staatlichen Fürsorgebetrag zu kommen, müsste man mindestens 8,20 Euro verdienen. Doch nur die wenigsten Beschäftigten kommen überhaupt auf 45 Beitragsjahre.
 - Altersarmut ist überwiegend weiblich. Frauen arbeiten überdurchschnittlich häufig in Teilzeit und Minijobs. Daraus resultieren Armutsrenten.
- Sechs von zehn Unternehmen beschäftigen keine Menschen über 50 Jahre mehr, dabei müssten bis zu drei Millionen sozialversicherungspflichtige Jobs entstehen, damit alle bis 67 Jahre arbeiten können.

Alternativen

- ✓ Die Arbeitsbedingungen der Menschen müssen sich grundlegend ändern: Wir brauchen gute Arbeit, die die Gesundheit nicht gefährdet, die Belastungen in Grenzen hält. Gute Arbeit, die allen Menschen ein gutes und planbares Einkommen sichert – für ein Leben in Würde.
- ✓ Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro.
- ✓ Wir brauchen die paritätische, der Produktivität entsprechende und sozial gerechte Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung als Grundlage für eine Rente, die für alle zum Leben reicht.
- ✓ Statt "Rente mit 67" einzuführen, sollten die unterschiedlichen Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente gestalten: Dazu gehören Verbesserungen rund um die Erwerbsminderungsrenten, die rentenrechtliche Absicherung von Zeiten der Arbeitslosigkeit und Zeiten mit geringen Arbeitsentgelten. Und: Die tarifvertragliche Umsetzung flexibler Modelle wie z. B. Altersteilzeit, Teilrenten, Lebenszeitkonten.

Ein gutes Gesundheitssystem für Alle und keine Zwei-Klassen-Medizin

Zahlen-Daten-Fakten

- Auswirkungen der geplanten „Gesundheitsreform“:
 - Die Kosten steigen - die Einnahmen sinken.
 - Entlastung der Arbeitgeber und einseitige Belastung der Arbeitnehmer:
 - Der Kassenbeitrag wird ab 01.01.2011 für Arbeitgeber eingefroren auf 7,3 Prozent.
 - Künftige Kostensteigerungen und Einnahmeausfälle müssten ausschließlich von den Versicherten getragen werden.
 - Ab 01.01.2011 zahlen Versicherte 8,2 Prozent – als Basis ihres Beitrages.
 - Daneben sollen Versicherte Zusatzbeiträge zahlen ("kleine Kopfpauschale").
 - Wer ein kleines Einkommen oder eine kleine Rente hat, muss dann knapp 30 Prozent mehr für seine Krankenversicherung bezahlen.
 - Versicherte zahlen schon jetzt über 15 Milliarden Euro pro Jahr mehr als die Arbeitgeber (AN-Sonderbeitrag, Zuzahlungen, Praxisgebühr und Zusatzbeiträge).
 - Die Arbeitgeber zahlen nur noch 40 % der Kosten in der GKV – Versicherte zahlen 60 %.
- Künftige Defizite bzw. Kostensteigerungen sollen über – im Prinzip unbegrenzte – einkommensunabhängige pauschale Zusatzbeiträge aufgefangen werden, die die Krankenkassen von den Versicherten einziehen sollen, wenn die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds nicht ausreichen. Geringverdiener würden überproportional belastet, was das Gegenteil von solidarischer Finanzierung ist.
- Wenn die Arbeitgeberbeiträge eingefroren werden, steigt der Druck in Richtung Zusatzbeiträge. Beides zusammen ist der Einstieg in den Ausstieg aus der solidarischen Finanzierung (Kopfpauschale durch die Hintertür).
- Die individuelle Belastungsgrenze der Versicherten wird verdoppelt auf 2 %. Die tatsächlichen – einkommensunabhängigen pauschalen Zusatzbeiträge, die die Krankenkasse erhebt – werden nicht ausgeglichen. Der Ausgleich bei Belastungen über 2 % des Einkommens soll anhand einer geschätzten Durchschnittspauschale erfolgen.
Beispiel: Wenn die Durchschnittspauschale (Richtwert für den „Sozialausgleich“) auf 25 Euro pro Monat festgelegt wird, soll ein/e Versicherte/r mit einem Einkommen von 1.000 Euro eine Rückerstattung von 5 Euro bekommen (Belastungsgrenze 2 %: 20 Euro). Verlangt seine Krankenkasse einen Zusatzbeitrag von 45 Euro, bekommt sie/er auch nur einen „Ausgleich“ von 5 Euro auf die 25 Euro. Belastung: 40 Euro = 4 %.
- Kerngedanke der neuen Gesundheitsreform: Aushebelung der solidarischen Gesundheitsversorgung:
 - Beitrag und Leistung sollen in einem „adäquaten Verhältnis“ stehen, das heißt, je mehr Beitrag ein Versicherter zahlt, um so besser die medizinische Versorgung, zahlt er weniger, desto schlechter ist die Versorgung.
 - Die Regierung will langfristig das bestehende Ausgleichssystem in eine „neue Ordnung“ überführen: Ankündigung einer grundlegenden Privatisierungsstrategie.
- Im Ergebnis: Keine Lösung der Finanzprobleme der Krankenversicherung, aber mehr Belastung für Versicherte und weniger Leistung für Patienten.

Alternativen

- ✓ Bürgerversicherung, die wieder alle Versicherte einschließt und zudem alle Einkünfte berücksichtigt – neben Einkünften aus Arbeit auch Einkünfte aus Zins- und Kapitaleinnahmen.
- ✓ Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der Beiträge von Arbeitgebern und Versicherten.
- ✓ Streichung der einkommensunabhängigen Zusatzbeiträge sowie das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages zur gesetzlichen Krankenversicherung.

Qualifizierte Bildung und Ausbildung

Zahlen – Daten – Fakten

- Nur noch 38 Prozent der Ausgebildeten werden nach der Ausbildungsprüfung in eine unbefristete Arbeit übernommen.
- Unter 25jährige sind von Arbeitslosigkeit dreimal so stark betroffen wie andere Gruppen.
- Von allen Leiharbeitnehmern sind mehr als die Hälfte unter 36 Jahre alt.
- 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren haben keine abgeschlossene Ausbildung. Das sind 15 Prozent dieser Altersgruppe. Obwohl die Arbeitgeber über Fachkräftemangel klagen, bieten sie immer noch zu wenige Ausbildungsplätze an.
- Mehr als 70.000 junge Menschen verlassen jedes Jahr die Schule ohne einen Abschluss.
- Rund vier Millionen Menschen leben in unserem Land, die nicht richtig lesen und schreiben können, d.h. funktionale Analphabeten – ein Schlag ins Gesicht einer der reichsten Industrienationen dieser Welt.
- Mehr als 400.000 Jugendliche landen in Warteschleifen, im Übergangssystem ohne Chance auf eine voll qualifizierende Ausbildung und damit ohne Chance auf ein anständiges Leben.
- Die öffentlichen Schulen sind unterfinanziert: jährlich fehlen 4,1 Milliarden Euro. Folge: zu viel Unterrichtsausfall, zu wenig Ganztagsangebote, zu wenig pädagogische Reformen.
- Die öffentlichen Kassen werden ausgetrocknet, Bildung wird vermarktet, marktwirtschaftliches Wettbewerbsdenken wird in das Bildungswesen hineingetragen.
- Öffentliche Schulen geraten zunehmend unter Druck, Bildung wird vermarktet: private Schulen, sogenannte „Selbstständige Schulen“ oder „Bürgerschulen“ bekommen Aufwind: zulasten derer, die sich private Schulen nicht leisten können und zulasten der Steuerzahler.
- Der Wettbewerb unter Schulen und Schülern fördert die soziale Spaltung und verhindert soziale Integration und Teilhabe. Dabei tragen die Steuerzahler 80 bis 90 Prozent der Kosten, nur den Rest finanzieren Private bspw. über Elternbeiträge oder Spenden. Dabei kommen durchschnittlich 400 Euro monatlich und mehr pro Kind für Normalverdiener schnell zusammen, der Kampf ums Geld tobt.
- In Deutschland entstehen zwei bis drei neue Privatschulen pro Woche, 1995 gab es bundesweit 2.116 allgemeinbildende Schulen in freier Trägerschaft mit 487.000 Schülern, 2008 waren es bereits 3.057 mit 690.000 Schülern, damit besuchten 8,8 Prozent aller Mädchen und Jungen eine Privatschule.
- Bei den berufsbildenden Einrichtungen ist der Anteil weit höher: 2008 lernten 21,8 Prozent aller Berufsschüler an einer privaten Einrichtung, 1995 gab es 1.483 private Berufsschulen mit 143.000 Schülern, in 2008 waren es bereits 1.958 private Berufsschulen mit 236.000 Berufsschülern.
- Private Hochschulen gab es 1995 in Deutschland insgesamt 24 mit 16.000 Studenten, in 2009 sind es bereits 102 Hochschulen mit 96.000 Studenten. Insgesamt werden diese privaten Einrichtungen wie folgt bezuschusst: Öffentliche Zuschüsse für nichtstaatliche Kindertageseinrichtungen: in 2009 mit 6,75 Milliarden Euro (1995: 3,15 Milliarden Euro); Zuschüsse der Länder für private Schulen: 2009 gleich 4,0 Milliarden Euro (1995: 2,4 Milliarden Euro).
- Im Rahmen der Hartz-IV-Regelsätze ist deutlich geworden: enger Zusammenhang zwischen materieller Armut und Bildungsarmut, geht weit über das Hartz-IV-System hinaus, Versäumnisse des föderalen Bildungssystems werden in dieser Frage deutlich. Wer sich gebührenfreie Bildung, mehr Ganztagsplätze an Kindergärten und Schulen erhofft hatte, wird enttäuscht.

Alternativen

- ✓ Die Sicherung des Rechts auf Bildung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe und darf nicht dem föderalen Kräftespiel überlassen werden: zur Bekämpfung der Bildungsarmut brauchen wir eine abgestimmte Politik zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Bildung muss unabhängig vom Einkommen der Eltern möglich sein. Der Zugang zu guter Bildung muss kostenfrei möglich sein.
- ✓ Bund und Länder sollen sich endlich den zentralen Problemen stellen: der Bildungsarmut, der chronischen Unterfinanzierung unseres Bildungswesens und dem drohenden Mangel an Fachkräften.
- ✓ Wer mehr Qualität im Bildungswesen will, wird mehr Geld investieren müssen. Die soziale Infrastruktur muss ausgebaut werden. Wir brauchen dringend personell gut ausgestattete Kinderkrippen, Kitas, Horte und Schulen, die eine ganztägige Betreuung ermöglichen. Laut OECD sind 32 Milliarden Euro Investition in die Bildung nötig.
- ✓ Das Herzstück einer staatlichen Studienfinanzierung muss das BAföG sein. Es bietet den Studierenden einen klaren Rechtsanspruch, während sie beim Stipendium auf das Wohlwollen der Geldgeber angewiesen sind.

Herbst der falschen Entscheidungen

Bundeskanzlerin Angela Merkel, Süddeutsche Zeitung vom 29.09.2010, mit einem Bekenntnis zur liberal-konservativen Regierungspolitik:

„Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat nach der Pannenserie der vergangenen Monate einen strikten, konservativ-liberal geprägten Reformkurs angekündigt. Merkel sagte der *Süddeutschen Zeitung*, sie wolle zusammen mit der FDP jetzt das durchsetzen, was sie schon zu Zeiten der großen Koalition gerne angegangen wäre. Dafür sei sie bereit, auch Streit und Widerstände in Kauf zu nehmen. Mit dem klaren Bekenntnis zum Koalitionspartner und einer schwarz-gelben Reformpolitik will Merkel Handlungsfähigkeit beweisen und verlorengegangenes Vertrauen in der Bevölkerung zurückgewinnen. Sie kündigte einen ‚Herbst der Entscheidungen‘ an und nannte in diesem Zusammenhang das Energiekonzept, die Änderungen bei Hartz IV, die Gesundheitsreform, die Aussetzung der Wehrpflicht und die Haushaltspolitik. ‚Wir wurden dafür gewählt, zu handeln‘, sagte sie. Deshalb dürfe die Koalition auch vor Kontroversen nicht zurückschrecken. ...“

Sparpaket

30. September

1. Lesung im Bundestag

27. Oktober

Voraussichtlich abschließende Beratung im Haushaltsausschuss des Bundestages

29. Oktober

Voraussichtlich 2./3. Lesung im Bundestag

26. November

Voraussichtlich Abschluss im Bundesrat

Leiharbeit

27. Oktober

Beratung im Kabinett

2011

Voraussichtlich abschließende Behandlung im Bundestag in der dritten Kalenderwoche 2011

Gesundheit

30. September

1. Lesung im Bundestag

3. Dezember

Voraussichtlich 2./3. Lesung im Bundestag

17. Dezember

Voraussichtlich Abschluss im Bundesrat

Rente mit 67

17. November

Voraussichtlich Bericht zur Anhebung der Altersgrenzen im Kabinett

Herbst der Aktionen

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes:

„Die Politik dieser Bundesregierung hat ganz klar eine soziale Schieflage. Klamme Kommunen, die Rente mit 67, Leiharbeit, Lohnsubvention durch Hartz IV oder auch die unsoziale Kopfpauschale machen deutlich, dass es nicht mehr gerecht in diesem Land zu geht.

Wir brauchen die Eindämmung der Leiharbeit und die Durchsetzung des Prinzips ‚Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit‘. Wir brauchen endlich den gesetzlichen Mindestlohn und die Regulierung der Finanzmärkte. Die Einführung der Finanztransaktionssteuer ist längst überfällig. Reiche und Vermögende müssen angemessen an der Finanzierung unseres Staates beteiligt werden.

Wir haben uns bewusst entschieden, sehr viel stärker dezentral anzugreifen und den Protest in die Betriebe zu tragen.

Wir tragen unseren Unmut über die unsoziale Politik der Bundesregierung aber auch in die breite Öffentlichkeit und werden mit Aktionen und Veranstaltungen zentrale Vorhaben der schwarz-gelben Bundesregierung kritisieren und Gerechtigkeit einfordern.“

Im Herbst bündelt der DGB gemeinsam mit den Gewerkschaften die Aktivitäten, um gemeinsam für soziale Gerechtigkeit und einen starken Sozialstaat, für die Regulierung der Finanzmärkte und für eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu kämpfen. Bereits seit September finden im gesamten Bundesgebiet – von Kiel bis München und von Hannover bis Dresden – eine Vielzahl von dezentralen Aktionen statt, die ihren Schwerpunkt in den Betrieben und Verwaltungen haben.

Unsere Aktionen sind erfolgreich angelaufen.

Hauptzeitraum der gewerkschaftlichen Aktivitäten sind die drei Wochen von Ende Oktober bis Mitte November.

Alle **aktuellen Termine und Informationen** finden sich im Internet unter dem Link: <http://www.dgb.de/herbstaktion>

Home Über uns Themen Termine Presse **GEGENBLENDE**

DGB

DEUTSCHLAND IN SCHIEFLAGE Herbstaktion der DGB-Gewerkschaften Für Gerechtigkeit und Solidarität

DGB-Herbstaktion 2010

10.09.2010

Deutschland ist in Schieflage

Gerechtigkeit ist etwas anderes – wir brauchen einen Kurswechsel!

Die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise werden auf den Schultern der kleinen Leute abgeladen. Restriktive Sparprogramme, Kürzungen der Sozialleistungen, Einschnitte in öffentliche Daseinsvorsorge und das Bildungssystem verschlechtern die Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Wir brauchen wir gute Arbeit, starke öffentliche Leistungen, gutes Auskommen im Alter, ein solidarisches Gesundheitssystem sowie qualifizierte Bildung und Ausbildung.

[weiterlesen...](#)

Der Aufruf als Download

Aufruf Herbstaktion: Deutschland in Schieflage (PDF, 44 kB)

MITMACHEN! ePetition für ein solidarisches Gesundheitssystem

UNTERZEICHNEN SIE die Online-Petition beim Deutschen Bundestag - GEGEN die UNSOZIALE KOPFPAUSCHALE! Für ein von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu gleichen Teilen finanziertes Gesundheitssystem! Nach Plänen der Bundesregierung sollen die Versicherten der Gesetzlichen Krankenversicherung künftig alle Kostensteigerungen selbst zahlen, die Beiträge der Arbeitgeber sollen eingefroren werden.

[zur Webseite ...](#)

Terminübersicht